



An den
Präsidenten
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

München, 18.10.2004

Dringlichkeitsantrag

Luxusgut Bildung ? - Mehr Mittel für die Schule – Bildungsmilliarde für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Bei den anstehenden Haushaltsberatungen werden im Einzelplan 05 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus keine Einsparungen vorgenommen, sondern mehr Mittel für Bayerns Schulen zur Verfügung gestellt.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln werden vor allem mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie weiteres pädagogisches Personal geschaffen.

Dies ist notwendig, um

- individuelle Förderung der Kinder zu ermöglichen
- kleinere Klassen zu schaffen
- Unterrichtsausfall zu verhindern.

Des Weiteren werden diese zusätzlichen Mittel benötigt, um die Lernmittelfreiheit zu erhalten und kein Büchergeld zu erheben.

Insgesamt bedarf es der Ausweitung des Finanzvolumens im Epl. 05 um 1 Milliarde Euro in den nächsten fünf Jahren.

Begründung:

Um die Unterrichtsqualität und –menge, die für den guten Schulerfolg nötig ist, zu gewährleisten, stellt der Freistaat Bayern mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie weiteres pä-



dagogisches Personal ein. Die Einsparungen von 1500 Lehrerplanstellen durch die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit wird ebenso abgelehnt wie die Einsparung von 500 Planstellen im Bereich der Hauptschulen und der 262 Stellen im Bereich der Grundschulen. Es ist bereits jetzt vier Wochen nach Schulbeginn so, dass an allen Schulen und durch alle Schularten hindurch ein massiver Mangel an Lehrerinnen und Lehrern herrscht und als Konsequenz daraus Eltern gebeten werden, den Unterricht abzuhalten.

Die mobile Reserve ist restlos ausgebucht, so dass keine Spielräume mehr bestehen. Darum sollen mehr Mittel für die mobile Reserve und für die Aushilfslehrkräfte zur Verfügung gestellt werden.

Um dem Ziel kleinerer Klassen näher zu kommen - die Klassengröße an einzelnen Schularten nimmt unerträgliche Ausmaße an – stellt der Freistaat Bayern mehr Lehrerinnen und Lehrer ein. Sinnvolle pädagogische Maßnahmen, wie z.B. die individuelle Förderung unter Berücksichtigung der Stärken und Schwächen der einzelnen Kinder können gar nicht mehr stattfinden, weil die zu unterrichtende Menge der Kinder schlicht die Kapazitäten der Lehrerinnen und Lehrer übersteigt. Darüber hinaus führt die Verlagerung der Schule nach Hause durch immer schwierigere und immer mehr Hausaufgaben zu enormen Belastungen in der Familie. Übungszeit muss in der Schule stattfinden.

Die Einführung eines Büchergeldes wird abgelehnt, weil es Familien mit schulpflichtigen Kindern zusätzlich belastet. Dies führt zu einer weiteren Auslese nach sozialen Kriterien. Bildung wird zunehmend eine Frage des Geldbeutels. Die Lernmittelfreiheit in Bayern muss im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Franz Maget Marianne Schieder

K. Pranghofer H.U. Pfaffmann A. Weikert